

Vom Paradigma der Integration zur Inklusion in der Arbeitswelt: Langzeiterwerbslosigkeit als Handlungsfeld des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) in Mecklenburg-Vorpommern.

Jürgen Kehnscherper

In der DDR war ein kirchlicher Dienst mit Bezug auf den ideologisch hoch aufgeladenen Kernbereich der sozialistischen Arbeits- und Arbeitergesellschaft undenkbar. Mecklenburg-Vorpommern wurde strukturell¹ erst mit der Bildung der Nordkirche ab 2012 durch eine Pfarrstelle mit Dienstsitz in Rostock in die Arbeit des KDA einbezogen.²

Zunächst soll in diesem Beitrag die besondere Situation rekapituliert werden, auf die der KDA in Mecklenburg-Vorpommern zu reagieren hatte. Im zweiten Teil geht es um sein Engagement für einen Narrativwechsel von der „Integration“ zur „Inklusion“ in der Arbeitswelt.

Auf welche wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation hatte der KDA in Mecklenburg-Vorpommern zu reagieren?

Als vordringliches Handlungsfeld des KDA in Mecklenburg-Vorpommern erwies sich die hohe Langzeiterwerbslosigkeit. Sie steht exemplarisch für den Systemwechsel nach 1989. Die soziale Integration war in der DDR

¹ Seit 1990 gab es bereits verschiedene Einzelprojekte des nordelbischen KDA im benachbarten Bundesland.

² Dass Friedrich Brunstäd (1883-1944), der für den späteren KDA wichtige und einflussreiche Philosoph und Theologe in Rostock gelebt und gelehrt hat, darauf sei wenigstens als Anmerkung verwiesen. In der Nordkirche sind seine Ideen u. a. durch seinen kritischen Schüler Heinz-Dietrich Wendland in den 1950er Jahren vermittelt worden. Vergl.: Katja Bruns / Stefan Dietzel, Heinz-Dietrich Wendland (1900-1992). Politisch-apologetische Theologie, Göttingen 2017, S.88-92; 154-157.

komplett über die Betriebe organisiert. Berufliche Selbständigkeit gab es nur sehr begrenzt, Arbeitslosigkeit überhaupt nicht. Die Erwerbstätigkeit stand im Mittelpunkt, das private und öffentliche Leben wurde um sie herum organisiert. Erkennbar ist dies noch heute an der Architektur der großen Stadtteile, die bis in die 1970er Jahre zwischen Rostock und Warnemünde errichtet wurden. Die im Krieg zerstörte Hansestadt wurde nach 1945 als „Tor zur Welt“ und Werftstandort mit zahlreichen Verarbeitungs- und Zulieferbetrieben neu aufgebaut. Die Einwohnerzahl stieg von 70.000 auf 250.000. Der massenhafte Zuzug von Arbeitskräften wurde durch die Errichtung sozialistischer Mustersiedlungen in Plattenbauweise ermöglicht. Bis in die 1980er Jahre hinein wurde deren Wohnqualität positiv beurteilt und mit Begriffen wie „sauber, übersichtlich, schön und einladend“ assoziiert.³ In der DDR lebte fast ein Viertel der Bevölkerung in der „Platte“, in Rostock waren es sogar 70 Prozent. Da die Bevölkerung durch ihre Umsiedlung in der Regel aus den bisherigen sozialen Bindungen und Traditionen (d.h. in der Regel auch aus der Kirche) enturzelt worden war, waren die Modellstädte ein ideales Experimentierfeld, um die von der SED-Führung erwünschten neuen Identitäten und Lebensstile zu etablieren.

Arbeiten um zu wohnen – wohnen um zu arbeiten.

Die Rostocker Plattenbausiedlungen weisen heute bundesweit den höchsten Grad an sozialer Segregation auf, bis 1990 war dies anders. Da es in der DDR keinen kommerziellen Wohnungsmarkt gab, war der Zugang zu den hoch subventionierten Wohnungen praktisch nur über einen Betrieb möglich. Die Wohnblocks versammelten daher alle Schichten und Berufsgruppen: Den Werftdirektor ebenso wie Facharbeiterinnen, Diplomingenieure, Angelernte, Ärztinnen, Angestellte, Professorinnen und Parteifunktionäre. Die bauliche Vereinheitlichung des Sozialraumes trug ganz wesentlich dazu bei, das Bewusstsein einer „Normalbevölkerung“ zu schaffen, die in weiten Teilen kleinbürgerliche Orientierungen auf Ordnung, Anpassung, Sauberkeit und persönliches Auskommen übernommen hatte. Der Status der Arbeiterschaft wurde aufgewertet. Industriearbeiter

³ Hierzu und zum Folgenden: Steffen Mau, Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S.30ff. Der Autor (Jg. 1968) ist in Lütten Klein aufgewachsen, heute ist er Professor für Makrosoziologie an der Berliner Humboldt-Universität.

verdienten mehr als Angestellte, Hochschulabsolventen erzielten in der Industrie lediglich fünfzehn Prozent mehr Nettolohn als Produktionsarbeiter. Die Definition der Arbeiterklasse wurde immer weiter ausgedehnt. Zuletzt zählten 81 Prozent der Bevölkerung offiziell als Angehörige der Arbeiterklasse und nahm sich selber auch so wahr. Es ist bemerkenswert, wie viele Gruppen in der DDR sich als Arbeiterklasse eingemeinden ließen: „Dieser stark aufgeladene Begriff wirkte wie ein semantischer Regenschirm, unter dem alle Platz finden konnten – ganz so wie heute der Begriff der Mittelschicht.“⁴

Aus Werktätigen werden Untätige.

Die Einführung der Marktwirtschaft musste vor diesem Hintergrund nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft bis in ihre Fundamente erschüttern. Denn mit der Abwicklung der Betriebe wurden sicher geglaubte Identitäten, Schutzinteressen und Bindungen zerstört. Auf Umstrukturierungen waren alle gefasst, wie folgenreich und langwierig sie jedoch werden würden, war kaum vorherzusehen. Menschen, die sich selbstbewusst über ihre Arbeit definiert hatten, wurden Arbeitslose. „Durch die Fliehkräfte des sozialen Wandels wurden viele Menschen innerhalb weniger Monate aus dem gesellschaftlichen Kern in die Außenbereiche geschleudert.“⁵ Die Erwerbslosigkeit erreichte in den Folgejahren Höchstwerte von über zwanzig Prozent, beinahe jede Familie war betroffen, viele von ihnen dauerhaft. Es wachsen Jugendliche heran, die nie erlebt haben, dass ihre Eltern oder Großeltern regelmäßig einer Arbeit nachgehen. Das bedeutet den Abbruch einer über viele Generationen hinweg aufgebauten Sozialisierung in der Arbeitswelt, die nur mit einem erheblichen gesellschaftlichen Aufwand und dem entsprechenden politischen Willen wieder hergestellt werden kann.

⁴ Steffen Mau (wie Anm. 3), S.50.

⁵ Steffen Mau (wie Anm. 3), S.156.

Die „entsicherten Jahrzehnte“ nach 1990.⁶

Die hohen Erwerbslosenzahlen der Vergangenheit sind aber auch noch aus anderen Gründen eine riskante Hypothek auf die Zukunft. Wie Philip Manow⁷ für den Zweitstimmenanteil der AfD statistisch erweisen kann, gibt es einen Zusammenhang zwischen *vergangener* Erwerbslosigkeit und *gegenwärtiger* Protestwahl. Es sind nicht die aktuell von der Arbeitswelt Ausgeschlossenen, die überwiegend populistisch wählen – sie wählen eher gar nicht. Die AfD wird von „gefährdeten Insidern“ gewählt, also einer Mittelschicht, die um ihren Status fürchten muss. Und das betrifft seit der Umsetzung der Hartz-IV-Reformen sehr viele Erwerbstätige. Auch wenn sie jahrzehntelang in einem Beruf tätig waren, droht ihnen nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit der „Kontrollverlust“ (Heitmeyer) über die eigene Biographie: die Offenlegung und Bewertung ihrer persönlichen Verhältnisse, der Abstieg auf das Sozialhilfeniveau und die rigide Aufsicht durch das Jobcenter.

Die Risiken einer „frakturierten Gesellschaft“

Der ab 2005 aufgebaute Druck und Versuch einer *Mobilisierung durch Armutsandrohung*⁸ zeigt seit 2015 besonders fatale Wirkungen: Innerhalb der „entsicherten“ Mittelschichten baut sich ein erheblicher Unmut über den Zustrom von Asylsuchenden auf. Denn nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit droht die faktische Gleichstellung mit den Flüchtlingen. Da Linke und Bündnisgrüne Zuwanderung befürworten, können sie die Gruppe derjenigen nicht an sich binden, die mit der Politik der Regierungskoalition unzufrieden sind. Sie wählen daher die vermeintliche Alternative. Die Angst vor einem Kontrollverlust steigt, wenn Erwerbslosigkeit bzw. die komplette Entwertung einer Berufsbiographie in der Vergangenheit bereits erlebt worden sind – und das ist vor allem in Ostdeutschland der Fall.

⁶ Ausführlich: Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin 2018.

Dazu auch Jürgen Kehnscherper, *Die soziale Unsicherheit ist zurück*. In: Hrsg. KDA der Nordkirche, *Journal* Nr. 6, 2019, S.9-13. Online als PDF unter: <https://www.kda-nordkirche.de/publikationen/>

⁷ Philip Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018, S.70-102.

⁸ Philipp Ther, *Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation*, Berlin 2019, S.33.

Steffen Mau bezeichnet Ostdeutschland als *frakturierte Gesellschaft*: Auch wenn an der Oberfläche alles längst wieder in Ordnung zu sein scheint, ist die Belastbarkeit und Beweglichkeit dieser Gesellschaft eingeschränkt. Trotz positiver Entwicklungen gedeiht in einer frakturierten und entsicherten Gesellschaft eine Unzufriedenheit, die nicht als notorische Nörgelei bagatellisiert werden kann. Immerhin ein Drittel der Ostdeutschen fühlt sich auch nach neuesten Umfragen immer noch als Bürger zweiter Klasse und nur 42 Prozent halten die Demokratie für die beste Staatsform, im Westen sind es 77 Prozent.⁹

Von der Planwirtschaft zum Neoliberalismus

Der Systemwechsel in Ostdeutschland schien in materieller Hinsicht durch die Einbeziehung in das westdeutsche Sozialsystem abgefedert. Allerdings hatte sich auch hier der Wind gedreht, denn die Zeit eines gemäßigten „Rheinischen Kapitalismus“ war vorbei. Ein neu erstarkter Wirtschaftsliberalismus begann sich spätestens seit den 1980er Jahren als allgemeingültige Blaupause gesellschaftlichen Denkens und Handelns durchzusetzen. Ulrich Bröckling hat diese Entwicklung anhand der Figur des „unternehmerischen Selbst“ analysiert. Mit diesem Begriff fasst er die gesellschaftliche *Forderung* zusammen: „jeder solle sich bis in den letzten Winkel seiner Seele zum Unternehmer in eigener Sache mausern“.¹⁰ Es begann der *marktkonforme* Umbau der Gesellschaft wie auch des Sozialstaates.¹¹ Auch Arbeitslosigkeit wurde in der Folge als Wettbewerb inszeniert.¹² Die vormals *aktive* Arbeitsmarktpolitik wurde zu einer *aktivierenden* Arbeitsmarktpolitik.

⁹ Steffen Mau (wie Anm. 3), S.13.

¹⁰ Ulrich Bröckling, *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, 5. Aufl. Frankfurt am Main 2007, S.7. Dazu auch Jürgen Kehnscherper, *Wie bekomme ich einen gnädigen Markt?* In: Hrsg. KDA der Nordkirche, *Journal* Nr. 5, 2018, S.48-53. Online als PDF: <https://www.kda-nordkirche.de/publikationen/> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

¹¹ Dazu auch Jürgen Kehnscherper, *Das unternehmerische Selbst. Was Kirche und Arbeitsmarktpolitik gemeinsam haben*. In: *Evangelische Stimmen* (2018), 10/2018, <https://www.kda-nordkirche.de/f/3b0ab7ca1b.pdf> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

¹² Ausführlich: Klaus Dörre et al., *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt am Main 2013.

Pionierregion Ost: Wettlauf zu niedrigeren Standards in der Arbeitswelt

Durch neue Zumutbarkeitsregeln und Nachweispflichten wurde der Druck erhöht, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Der Niedriglohnsektor breitete sich vor allem im Osten aus. Dort bezieht derzeit fast ein Drittel aller Erwerbstätigen ein Niedrigeinkommen. Offensichtlich wurde Ostdeutschland zum Experimentierfeld für die Aufweichung des westdeutschen Sozialmodells: „Während also ansonsten die gesamte institutionelle Architektur Westdeutschlands übertragen wurde, nutzte man die Osterweiterung zugleich für arbeitsmarktpolitische Lockerungsübungen. Der Osten wurde zur Pionierregion neoliberaler Deregulierung (...).“¹³

Zur Eigenart der deutschen Vereinigung gehört es, dass die neoliberalen Narrative trotz ihrer sozialen Folgen in Ostdeutschland nach dem Bankrott der DDR-Planwirtschaft eine breite Akzeptanz fanden. An die Stelle des Ideals einer „sozialistischen Persönlichkeit“ war für viele Menschen nun mit der gleichen Unausweichlichkeit und Plausibilität das Leitbild des „unternehmerischen Selbst“ getreten. Denn bei aller Unterschiedlichkeit der Systeme fordert auch ein neoliberales Umfeld charakteristische Formen der Unterwerfung und Anpassung.¹⁴ Deutlich wird dies in der Arbeitsmarktpolitik.

Von der Integration zur Inklusion: Theorie und Praxis im KDA-Handlungsfeld Langzeitarbeitslosigkeit

Leitbild der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ist die Integration. Auch bei besten Absichten denkt sie von individuellen Defiziten her, strukturelle Probleme bleiben in der Regel unberücksichtigt.

Das Gegennarrativ zur Integration ist die Inklusion. Dieses *Menschenrecht auf Solidarität* wird zu Unrecht auf den Bereich der Schule beschränkt und auf Menschen mit Behinderungen. Ebenso wie Bildung ist auch Arbeit ein Schlüssel für den Zugang zur Gesellschaft. Außerdem

¹³ Steffen Mau (wie in Anm. 3), S.160f. Ähnlich z. B. auch Philip Ther (wie Anm. 8), S.91ff.

¹⁴ Wilhelm Heitmeyer (wie Anm. 6), S.54 nennt dies eine „neue Unterwürfigkeit und Verfügbarkeit“.

entsteht eine sogenannte „Behinderung“ nach der heute international anerkannten Definition stets aus dem Zusammenwirken von persönlichen und sozialen Gegebenheiten. So gesehen *sind* Menschen nicht behindert, sondern sie *werden* behindert. Das trifft auch auf langzeiterwerbslose Menschen zu. Sie sind zweifellos Ge-hinderte. Denn ihre sogenannten „Vermittlungshemmnisse“ ergeben sich in der Regel aus einem Zusammenspiel von individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen. Inklusion in der Arbeitswelt ist somit nicht Sache einer spezialisierten „Behindertenhilfe“, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Anders als Integration bedeutet Inklusion eben *nicht*, eine („problematische“) Gruppe von Menschen „fit“ und „passend“ für den Arbeitsmarkt zu machen. Inklusives Denken sucht und findet Mittel und Wege, die Grenzen zur Arbeitswelt durchlässig werden zu lassen. Die Herausforderung besteht darin, das Potential der menschlichen Verschiedenheit in der Arbeitswelt zu entfalten: Wie können Arbeitsprozesse in heterogenen Gruppen organisiert werden?

Da die Bevölkerung in unserem Land in Zukunft voraussichtlich „weniger, bunter und vielfältiger“ sein wird, ist inklusives Denken in der Arbeitswelt ohnehin unausweichlich. Inklusion ist keine besondere Methode, sondern ein kritischer Maßstab. Inklusion ist eine Haltung. Ein Ideal, das kaum gänzlich einzulösen sein wird, aber die Richtung vorgibt, wie diese vergleichende Tabelle zeigt:

<i>Traditionelle Perspektive, Integration</i>	<i>Perspektive der Inklusion</i>
Denkt im Ideal homogener Gruppen.	Rechnet mit Vielfalt und Verschiedenheit im Zusammenleben der Menschen als Realität.
Spezifische Angebote für spezifische Gruppen schaffen Insider und Outsider.	Organisiert Lern- und Arbeitsprozesse auch in gemischten, heterogenen Gruppen.
Verschiedenheit wird durch Ausgrenzung bewältigt.	Verschiedenheit wird in Beziehung verwandelt. („Versöhnte Verschiedenheit“, ökumenisches Prinzip)
Problemlagen werden individualisiert.	Probleme werden im Zusammenspiel individueller und sozialer Gegebenheiten wahrgenommen.
Eingliederung von Menschen „mit Defiziten“ fällt in die Zuständigkeit von Expertinnen und Experten.	Inklusion ist Sache und Verantwortung aller: Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
Menschen sind Objekte, sie werden integriert.	Nimmt Menschen als Subjekt-in-Beziehung ernst.
Denkt statisch: Normalität wird als gegeben gesetzt, andere müssen sich ihr anpassen.	Inklusion ist ein Beziehungsgeschehen in dem vorgefundene Abgrenzungen fließend werden.

Abbildung 1: Integration und Inklusion

Projekt „Berufe im Gespräch (BiG)“:
Aufbau eines Netzwerkes zur Stärkung des
Inklusionsgedankens in der Arbeitswelt.

Um den Inklusionsgedanken in Mecklenburg-Vorpommern in die Arbeitsmarktpolitik einzutragen bzw. bereits vorhandene Ansätze und Akteure zu unterstützen, lag der Aufbau eines *Netzwerkes zur Stärkung des Inklusionsgedankens in der Arbeitswelt* nahe und eines Projektes, das den Inklusionsgedanken exemplarisch umsetzt. Der KDA hat zu diesem Zweck das Konzept „Berufe im Gespräch (BiG)“ entwickelt. Es basiert auf der mehr als 20jährigen Erfahrung, die Martina und Rüdiger Schmidt vom KDA in Lübeck mit ihrer jährlichen „Orientierungsschau Berufe (OSB)“ gesammelt haben.¹⁵ Wie schon die OSB denkt auch BiG von einem inklusiven Ansatz her das klassische Messe-Setting neu: Es begegnen sich nicht Aussteller, die sich präsentieren und Besucher, die sich informieren. Sondern die Besucher sind gleichzeitig auch Aussteller, die sich gut vorbereitet und von einem geeigneten Setting unterstützt ins Gespräch bringen. Und die Aussteller sind Lernende, sie ändern ihre Wahrnehmung und werden angeregt, ihre betriebswirtschaftlichen Abläufe inklusiv zu denken: Wie kann ich Arbeit betriebswirtschaftlich vertretbar in meiner Firma auch in heterogenen Gruppen organisieren?

In einem von der Aktion Mensch geförderten Vorlaufprojekt konnte das Konzept „Berufe im Gespräch“ 2017 in der Plattenbausiedlung Großer Dreesch in Schwerin getestet werden. Etwa 25.000 Menschen leben dort. Darunter ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Menschen, die aus verschiedenen Gründen den Kontakt zur Arbeitswelt verloren haben. 66 Prozent der Kinder im Stadtteil leben in Familien mit Hartz-IV-Bezug. Verfestigt wird diese Situation dadurch, dass es im Lebensumfeld kaum noch Begegnungsmöglichkeiten gibt, aus denen heraus Vorurteile abgebaut und unkompliziert die Anbahnung einer Beschäftigung entstehen kann. Die Dauer der Erwerbslosigkeit ist nicht ohne Grund eines der gravierendsten Vermittlungshindernisse. Bei diesem Bedarf setzt das Konzept BiG an.

Der Probelauf wurde sehr gut angenommen, das Konzept hat sich bewährt. BiG ist geeignet als Ankerveranstaltung für den Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes zur Stärkung des Inklusionsgedankens in der Arbeitswelt. Daher wurde es von der Aktion Mensch im Förderbereich

¹⁵ <https://www.orientierungsschauberufe.de/home.html> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

„Inklusion“ und der Stiftung des Kirchenkreises Mecklenburg „Kirche mit Anderen“ bis einschließlich 2023 in eine Projektförderung übernommen.¹⁶ Nach der geförderten Anlaufphase soll BiG finanziell selbsttragend, die fachliche Qualität festgeschrieben und das Konzept auf andere Standorte übertragbar sein. Die Geschäftsführung des Projektes und die Organisation der Veranstaltung auf dem Großen Dreesch wurde dem „Verbund für soziale Projekte – VSP gGmbH“, einem diakonischen Träger aus Schwerin übertragen. Mitveranstalter von BiG ist das Diakonische Werk Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch Ines Jammer-Lühr, Gastgeberin ist die Ev. Petruskirche. Die Schirmherrschaft hat der Schweriner Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier übernommen. Die Kirchengemeinde steuert die einladende Atmosphäre und die Mitarbeit langzeiterwerbsloser Ehrenamtlicher bei. Der KDA und das Diakonische Werk bringen ihre Verbindungen zu Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft ein. Beide fokussieren sich zudem auf die Qualitätssicherung und die Implementierung von BiG an anderen Standorten. Von diakonischen Trägern aus Stralsund und Neubrandenburg sowie vom KDA in Bremen wurde bereits Interesse signalisiert.

Der Start des Projektes im April 2020 wurde durch die Beschränkungen der Corona-Pandemie verzögert. Alle Beteiligten sind zuversichtlich, dass die erste Kontakt-Veranstaltung „Berufe im Gespräch“ im Herbst 2021 stattfinden und das Projekt zu einem guten Ergebnis geführt werden kann.

Politische Arbeit im überparteilichen Bündnis: Erwerbslosenparlament Mecklenburg-Vorpommern.

Das Erwerbslosenparlament (ELP) entstand aus den Montagsdemos gegen Armut und Arbeitslosigkeit Ende der 1990er Jahre in Schwerin. Unterstützt wird es durch Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeorganisationen, Privatpersonen und seit 2012 auch durch den KDA. Das ELP tagt seit 1998 einmal im Jahr in Schwerin, es schätzt die jeweils aktuelle Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Bundesland ein und verabschiedet gemeinsame Forderungen an die Politik.¹⁷ Etwa einhundert Personen

¹⁶ <https://www.berufeimgespraech.de/Home.html> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

¹⁷ <https://denkhausbremen.de/erwerbslosenparlament-meck-pomm/> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021). Berichte: <https://www.kda-nordkirche.de/personen/name/juergen-kehnscherper> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

nehmen teil, davon sind ungefähr zwei Drittel direkt von Langzeiterwerbslosigkeit betroffene Frauen und Männer. Eingeladen sind neben Jobcenter und Arbeitsagentur auch die Landtagsfraktionen (außer AfD) sowie das Sozial- bzw. Arbeitsministerium, das in der Regel auf Minister- oder Staatssekretär-Ebene vertreten ist. Schirmherrin ist die Präsidentin des Landtages. Im ELP kommen unmittelbar Betroffenen zu Wort. Es geht konkret um die repressive Sanktionspraxis, fehlende Arbeits- und unzureichende Weiterbildungsangebote, um Armut und Perspektivlosigkeit, von der im Bundesland auch fast 50.000 Kinder und Jugendliche in „Bedarfsgemeinschaften“ betroffen sind. Das ELP wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Es wird in die Landespressekonferenz eingeladen und durch medienwirksame Aktionen Betroffener vor dem Schweriner Schloss bzw. der Staatskanzlei unterstützt.

Vorbereitet wird das ELP durch den Erwerbslosenbeirat, der regelmäßig alle sechs bis acht Wochen tagt. Derzeit arbeiten ca. zwanzig Personen in Erwerbslosenbeirat mit. Sie werden von den im Netzwerk vertretenen Gewerkschaften und Verbänden delegiert, aber auch interessierten Einzelpersonen steht die Mitarbeit offen. Von 2014 bis 2020 war Jürgen Kehnscherper einer der beiden Sprecher des Erwerbslosenbeirates und der KDA somit in besonderer Weise im Netzwerk engagiert und erkennbar. Der Erwerbslosenbeirat legt großen Wert darauf, dass das ELP kein „Tribunal“ ist. Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, einander zuzuhören. Trotz des brisanten Themas und unterschiedlicher Sichtweisen gelingt daher in der Regel ein konstruktiver Austausch und einige Vorschläge des ELP sind inzwischen Bestandteil der Landespolitik.

Ausblick: Menschen nicht durch „Befähigung“ optimieren,
sondern als Subjekte *ernst nehmen*

Das Erwerbslosenparlament in Schwerin hat das Interesse der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“, einem Projekt des Stuttgarter Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH¹⁸ in Stuttgart geweckt. Ab 2018 entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem KDA. Unter der Leitung von Martin Tertelmann und der wissenschaftlichen Begleitung von Franz Schultheis hat die Denkfabrik bei ihrem Forschungsprojekt zum

¹⁸ <https://www.neuearbeit.de/index.php> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

Wahlverhalten von langzeiterwerbslosen Frauen und Männern¹⁹ diese konsequent auf Augenhöhe mit einbezogen. Die Kooperation mit der Denkfabrik hat dem KDA der Nordkirche starke Impulse für die künftige Arbeit gegeben. Zur Vorbereitung des Erwerbslosenparlamentes 2018 hat Luise Janke, eine ehemals langzeiterwerbslose Mitarbeiterin der Denkfabrik, Workshops zum Thema „Wie sag ich´s den Politikern?“²⁰ in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Diese haben eine erstaunliche Wirkung entfaltet. Da der durch die „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik aufgebaute Druck in vielen Fällen nicht in Arbeit führen kann (es gibt einfach nicht genug Arbeitsplätze!) führt er in einen „Eigensinn“, der verweigernd, ausweichend, oder aber konstruktiv sein kann. So hat sich in Stralsund aus dem Workshop eine selbständige Gruppe „Stralsund denkt“ gebildet, die schon 2019 anlässlich der Kommunalwahl Gastgeberin war für einen Diskussionsabend zur Stuttgarter Studie „Gib mit was, was ich wählen kann“. Zwei weitere Veranstaltungen mussten 2020 wegen der Corona-Beschränkungen ausfallen. Auch eine größere Projektentwicklung des KDA wurde vorerst unterbrochen: Da die von den Jobcentern vorgehaltenen Weiterbildungsmöglichkeiten immer wieder Anlass für Beschwerden geben, haben langzeiterwerbslose Frauen und Männern aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern im März 2020 auf Einladung des KDA Grundlagen, Bedarfe und Inhalte für die Entwicklung eine Weiterbildungscurriculums erarbeitet. Das Projekt wird fortgesetzt.

Schluss: Das „polanyische Pendel“²¹

Nach Karl Polanyi bewegen sich die Gesellschaften nach der „Großen Transformation“ in einer Pendelbewegung zwischen dem Prinzip eines sich selbst regulierenden *freien Marktes* und dem *sozialen Schutzbedürfnis* der Gesellschaft. Im vereinigten Deutschland hat sich das Pendel jahrzehntelang kräftig in Richtung Marktprinzip bewegt. Dies provoziert eine Gegenbewegung zugunsten des sozialen Schutzbedürfnisses. Doch diese Bewegung will mit Bedacht gestaltet sein. Denn das „polanyische Pendel“ kann, wenn es sich in Richtung Schutzbedürfnis bewegt, am Ende politisch

¹⁹ „Gib mir was, was ich wählen kann“, Köln 2017. Online unter <https://www.studienichtwaehler.de/>

²⁰ Zum Bericht: <https://www.kda-nordkirche.de/beitrag/64> (Zuletzt abgerufen am 31.05.2021).

²¹ Philipp Ther (wie Anmerkung 8), S.15ff.

kräftig nach rechts oder links ausschlagen. Wie durch Polanyi vorhergesagt, provoziert die „marktgerechte“ Zerstörung bewährter Formen von Solidarität heute in der Tat Sammlungsbewegungen, die Einfallstore sind für offen autoritäre, menschenfeindliche und nationalistische Ideologie und Politik. Daher arbeitet der KDA daran, *zugleich* mit dem sozialen Schutz auch das Recht auf Solidarität, Inklusion und unantastbare Menschenwürde stark zu machen.